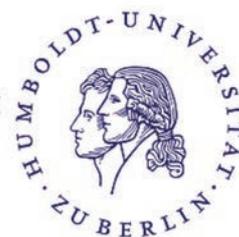


Walter Hallstein-Institut
für Europäisches Verfassungsrecht



2014

TÄTIGKEITSBERICHT
Humboldt-Universität zu Berlin



Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Einleitung	2
2. Zielsetzung des Instituts	4
3. Aufbau des Instituts und Erweiterung der Kooperation	4
Leitung und Mitarbeiter	5
Förderverein	6
Die Walter Hallstein-Bibliothek	6
Die Webseite des WHI	7
Das European Constitutional Law Network (ECLN)	7
Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)	8
Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE)	9
4. Forum Constitutionis Europae (FCE)	9
5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)	10
6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“	11
7. Werkstattgespräche zum Europäischen Verfassungsrecht	14
8. Kooperationen mit EU- und nationalen Institutionen	15
9. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI	16
Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice	16
Prof. Dr. Frank Hoffmeister (Europäische Kommission, WHI Senior Fellow)	17
Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale) (Universität Bielefeld, WHI Senior Fellow)	18
Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London) (Universität Konstanz, WHI Senior Fellow)	22
Prof. Dr. Stephan Wernicke (Deutscher Industrie- und Handelskammertag, WHI Senior Fellow)	24
Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield) (Freie Universität Berlin, WHI Senior Fellow)	24
Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)	26
Edgar Lenski (Bundesministerium der Wirtschaft und Energie, WHI-fellow)	27
Lars S. Otto, LL.M.	28
Dr. Michael Schwarz, LL.M.	28
10. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht / WHI-Papers	28
11. Internationaler Forscheraustausch und Doktoranden	29
12. Beteiligung an der Lehre	29
.....	30
LL.M.-Programm	30
Seminar und Exkursion – “Europa vor Ort”	30
Model European Union Conference (MEUC)	32
13. Kontakt	34

* 1. Einleitung

Auch das Jahr 2014 stand unter dem unglücklichen Stern der Finanzkrise. Hiermit in engem Zusammenhang standen die Überlegungen zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, die in diversen wissenschaftlichen Veranstaltungen und politischen Foren diskutiert wurden. Daneben traten die Debatten über die Konsequenzen, die aus den Enthüllungen von Edward Snowden zu ziehen sind, auch auf europäischer Ebene. Schließlich erhielten die von der EU verhandelten Freihandelsabkommen, insbesondere das mit Kanada (CETA) und das mit den USA (TTIP), verstärkte Aufmerksamkeit.

In Vorträgen der inzwischen gut etablierten Reihen des Forum Constitutionis Europae (FCE) und der Humboldt-Reden zu Europa (HRE), in WHI-Werkstattgesprächen, in einer Konferenz, aber auch in zahlreichen Sitzungen des Literaturkreises des WHI und in spontanen Diskussionen spielten diese Themen eine zentrale Rolle und beherrschten auch die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter, Senior-Fellows und Fellows des WHI.

Eine besondere Ehrung erfuhr Prof. Pernice, mit ihm aber auch das gesamte WHI, durch die Verleihung einer nunmehr zweiten Ehrendoktorwürde. Im Jahr 2006 schon trug ihm die Juristische Fakultät der New Bulgarian University in Sofia den Dr. h.c. an, am 4. Dezember 2014 war es die Juristische Fakultät der Aristoteles Universität von Thessaloniki. Dies ist Ansporn für intensive weitere Arbeit am Projekt Europa für das gesamte Team des WHI.

Diese Arbeit erfolgt in vielen Formen und Themenbereichen. Die letzteren reichen von der Frage, was die Europäische Union eigentlich ist, wie sie sich entwickelt und wie sich ihr Recht zu dem der Mitgliedstaaten verhält, über die Fragen der demokratischen Legitimation gerade angesichts der neuen Strukturen, mit denen man der Krise Herr zu werden versucht, über konkrete Fragen zur Rettung des Euro, einschließlich des OMT, bis hin zu den Fragen des Schutzes von Grund- und Menschenrechten in und außerhalb Europas. Dazu Lösungen zu erarbeiten dienen diverse Formen: Über die Redenreihen FCE und HRE wird der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik gestärkt, ebenso wie der europäische Diskurs in der Hauptstadt Deutschlands und in der Wirkung weit darüber hinaus. In den Werkstattgesprächen werden Einzelthemen aus der aktuellen Rechtsprechung und Politik vertieft in den Blick genommen, als Anregung und vielleicht auch Basis für die wissenschaftliche Spezialisierung in Doktorarbeiten, Zeitschriftenaufsätzen und Blogs. Das Graduiertenkolleg bietet den Rahmen für den intensiven interdisziplinären, international strukturieren Gedankenaustausch mit führenden Wissenschaftlern weltweit, die mit den Kollegiaten und Kollegiatinnen ihre Ideen auf dem Stand der Forschung teilen und unmittelbar Anregungen geben für die laufenden Promotionen. Die Walter Hallstein-Bibliothek bietet die einschlägige Literatur und einen Raum der Diskussion. Die Seminarreisen nach Luxemburg und Brüssel „Europa vor Ort“ wie auch die Simulationsübungen „MEUC“ verschaffen den Teilnehmern eine konkrete Vorstellung von den Institutionen, Verfahren und den Menschen, die in ihnen für Europa arbeiten. Der Internetauftritt des WHI mit den angeschlossenen Seiten des ECLN, des Grakov, der MEUC und auch des Lehrstuhls erlaubt mit seinen Dokumentationen, Berichten, Streams etc. die Öffnung in die Welt, um deren Verfassung es dem WHI letztlich geht.

Der hiermit vorgelegte Tätigkeitsbericht des WHI spiegelt dabei den Willen wider, das ursprüngliche Konzept eines rechtlich nicht verselbständigten, personell auf den Kreis der Mitarbeiter des Lehrstuhls aufbauenden und in den Räumlichkeiten der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität angesiedelten Instituts beizubehalten, bei der Wahl der Forschungsgegenstände und Inhalte aber die verfassungsrechtlichen und politischen Entwicklungen mit aufzunehmen, auch über den ursprünglichen Gegenstand des europäischen Ver-

fassungsrechts hinaus. Dies betrifft die Ausdehnung auf Fragen des globalen Konstitutionalismus sowie der Verfassung der Internet-governance, umfasst aber auch einen zunehmend interdisziplinären Ansatz und die Zusammenarbeit mit dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, das Raum bietet speziell für die Forschung zu den zuletzt genannten Fragen. Perspektivisch interessant ist dabei, dass gerade hierfür die Erfahrungen aus dem europäischen Verfassungsrecht von großem Wert sind, etwa wenn es um Normen oder um Regelbildung im transnationalen Kontext geht, auch im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, wie ihn das Internet erleichtert. Auch das Studium speziell des Zustandekommens und der Instrumente der Datenschutz-Grundverordnung im Blick auf die neuen Herausforderungen, die mit dem Internet für den Schutz der Privatheit und der Persönlichkeitsrechte verbunden sind, könnte wichtige Elemente für die Orientierung des Ringens um eine Ordnung des Internets liefern, die den Grundrechten und berechtigten Interessen der Beteiligten gerecht werden kann. Umgekehrt könnten das Internet und die Erfahrungen mit e-governance und e-justice innerstaatlich wie europäisch helfen, Wege zu einer engeren Beziehung von Bürgern und Institutionen zu ebnen, über die sich Transparenz und Offenheit, Bürgerpartizipation und politische Kontrolle, letztlich also die Legitimation des Handelns der Europäischen Union trotz der oft bestehenden räumlichen Distanz zu Brüssel stärken lässt.

Angesichts großer Herausforderungen, gerade auch am 1. Juli 2015, wo sich erstmals ein Mitgliedstaat der Union als zahlungsunfähig erweist, wo die Flüchtlingswellen aus Nahost und Afrika die Kapazität der Regierenden in Europa zu überfordern drohen und die Würde der Menschen zugleich mit den Flüchtlingen im Mittelmeer ertrinkt, und wo schließlich Recht und Frieden in Europa am neuen Machthunger alter Strategen zu scheitern drohen, wie es in der Ukraine zu beobachten ist, erscheint das Projekt eines wirksamen europäischen Verfassungsrechts, das die globale Ebene nicht außer Acht lässt, dringlicher als je.

Allen, die uns dabei helfen, hieran weiter zu arbeiten, sei herzlich gedankt. Ebenso sei allen früheren und gegenwärtigen Mitarbeitern gedankt, die weit über ihr Deputat hinaus an dieser Arbeit mitwirken. Besonderer Dank gilt auch Linda Engelbrecht, die als Studentische Mitarbeiterin die schwierige Aufgabe der Zusammenstellung und Betreuung dieses Berichts so hervorragend gemeistert hat.

Ingolf Pernice

2. Zielsetzung des Instituts

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (WHI) wurde im Oktober 1997 gegründet. Ziel bleibt primär die Erforschung und Diskussion der Grundlagen, Strukturen und Inhalte einer europäischen Verfassungsordnung auf verfassungsvergleichender Basis. Die Erweiterung auf das Thema des „global constitutionalism“, wie sie sich u.a. im DFG-Graduiertenkolleg „*Verfassung jenseits des Staates.*



Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ von 2006-2015 dokumentiert, kommt schrittweise hinzu. Der Forschung hierzu dient auch die Beteiligung von Prof. Pernice an der Gründung des Alexander von Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft (2012, www.hiig.de), in dem er als Forschungsdirektor den Bereich „global constitutionalism and the internet“ leitet. Für die Vernetzung von Forschung und Diskurs zum europäischen Verfassungsrecht hat das WHI 1998 die Gründung des von Prof. Pernice koordinierten Netzwerks von Instituten zur kooperativen Forschung auf dem Gebiet des europäischen Verfassungsrechts („European Constitutional Law Network“ - ECLN) initiiert. Dank des Einsatzes des Internets gelang es, den europa-, ja weltweiten Diskurs über eine europäische Verfassung zu intensivieren. Durch die Nutzung der geographischen Lage Berlins und des Profils der Humboldt-Universität als „Brücke zwischen Ost und West“ hat das Institut inzwischen seinen Platz in der Forschungslandschaft gewonnen. Die Integration von Theorie und Praxis durch praxis- und politikorientierte Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt und die Förderung eines öffentlichen, europaweiten Verfassungsdiskurses – und darüber hinaus – sind ebenso ein Merkmal des WHI geworden, wie die Beratung (mit) der Politik zu zentralen Fragen des Europäischen Verfassungsprozesses.

3. Aufbau des Instituts und Erweiterung der Kooperation

Das Walter Hallstein-Institut ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Es stützt sich zum einen auf eine Spezialbibliothek zum vergleichenden Verfassungs- und Europarecht (Walter Hallstein-Bibliothek), zum anderen auf einen Internetauftritt (www.whi.eu), in dem es darum geht, aktuelle europäische Themen aufzugreifen, Materialien von renommierten Wissenschaftlern zu veröffentlichen sowie über Neuigkeiten des Instituts zu informieren. Eine dritte Säule des Instituts ist die internationale Kooperation im Rahmen des European Constitutional Law Network (ECLN), das mit wissenschaftlichen Symposien, Projekten und Materialien in einem eigenen Internetangebot (www.ecln.net) die europäische Forschung zum Verfassungsrecht unterstützt.

Die Anschubfinanzierung wurde durch einen Zuschuss der Europäischen Kommission und Spenden diverser privater Stiftungen sichergestellt. Daneben bildet der WHI-Förderverein eine wesentliche Stütze für die dauerhafte Finanzierung der Institutsarbeit.

Leitung und Mitarbeiter

Direktor des WHI ist seit der Gründung im Jahre 1997 Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice*, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht. Als Co-Direktor hat Prof. Dr. *Michael Kloepfer*, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Europarecht, Finanz- und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität, das Institut über lange Zeit wohlwollend begleitet.



Eigenes Personal hat das WHI nicht. Umso mehr ist das Institut denjenigen dankbar, die unabhängig, als Senior Fellows, als Fellows oder als Mitarbeiter die Arbeit des WHI auch im Jahr 2014 mitgetragen haben: Dr. *Mattias Wendel*, *mâitre en droit* (Paris I) als wissenschaftlicher Assistent, *Kristin Bettge*, *Dr. Maria Decheva*, *Roman Kowolik*, *Sebastian Leuschner*, *Lars S. Otto*, LL.M. (LSE) und *Michael Schwarz*, LL.M. (NYU) als wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, sowie *Linda Engelbrecht*, *Elena Kullak*, *Henrike Maier*, *Martin Wapenhans* und *Sophia Weber* als studentische Mitarbeiter am Lehrstuhl Pernice. Mit der Organisation der MEUC waren auch in diesem Jahr Dr. *Mattias Wendel* mit Unterstützung von *Mibai Corman* betraut. Für das Grakov-Graduiertenkolleg waren Dr. *Detlef von Daniels*, Dr. *Ulrike Höppner*, *Rüdiger Schwarz*, Dr. *Lars Viellechner*, LL.M. (Yale) und Dr. *Mattias Wendel* zuständig. Sie wurden von *Catharina Caspari*, M.A., *Iulia Iunescu*, LL.M. (Bogotá) und *Hannfried Leisterer* als studentische Mitarbeiter unterstützt.

Die früheren Mitarbeiter Prof. Dr. *Frank Hoffmeister*, Prof. Dr. *Franz C. Mayer*, LL.M. (Yale), Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Prof. Dr. *Stephan Wernicke* sowie Prof. Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield) und *Edgar Lenski* unterstützten das WHI jeweils in ihren neuen Funktionen in den neuen Tätigkeitsbereichen, von der Europäischen Kommission über die Universitäten Konstanz und Bielefeld, den DIHT bis hin zum BMWi und der FU Berlin rei-

chen. Die Betreuung des Fördervereins und die Neuwerbung von Mitgliedern sowie die Verwaltung und Buchhaltung für das WHI besorgte dankenswerterweise *Gabriele Müller*.

Förderverein

Der gemeinnützige Förderverein „Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V. – Freunde und Förderer des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht“ wurde im Januar 2000 zur Sicherstellung der fortlaufenden Finanzierung gegründet. Damit werden die Arbeitsmöglichkeiten deutlich verbessert, insbesondere durch Beschaffung von Literatur, und die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts garantiert. Der Verein steht natürlichen wie institutionellen Mitgliedern offen. Er zählt inzwischen 65 namhafte Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft.

Institutionelle Mitglieder des Vereins sind die Sozietäten *Hengeler Mueller* und *Freshfields Bruckhaus Deringer*, die *Deutsche Post AG* sowie das Bundesministerium der Justiz.

Dem Förderverein kommt eine wesentliche Rolle bei der Deckung der Kosten zu. Im Jahr 2014 hat der Verein eine Gesamtsumme von ca. 14.000 € (inklusive zweckgebundener Sponsorengelder für die HRE- und FCE-Reden sowie für die Bibliothek) aufgebracht. Die hauptsächlichen Ausgabeposten betrafen die Organisation der HRE- und FCE-Redenreihen, die Anschaffung neuer Literatur für die Institutsbibliothek sowie Druckkostenzuschüsse für Publikationen.

In Zukunft soll sich der Verein weiter der Förderung der Publikationen des WHI widmen sowie zum Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek und der Pflege der institutseigenen Homepage beitragen. Hierzu bauen wir weiterhin auf die ideelle wie finanzielle Unterstützung aller Vereinsmitglieder. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30 €, institutionelle Mitglieder entrichten einen Mindestbetrag von 500 €. Der Verein steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen, aber auch institutionellen Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Zivilgesellschaft, und freut sich über jeden neuen Antrag auf Mitgliedschaft.

Unter sekretariat@whi-berlin.de kann mit dem Förderverein Kontakt aufgenommen werden.

Die Walter Hallstein-Bibliothek

Die in einem eigenen Bibliotheks- und Seminarraum untergebrachte Walter Hallstein-Bibliothek konzentriert sich auf verfassungs- und europarechtliche Literatur aus Mitglied- und Beitrittsstaaten der Europäischen Union und aus Drittländern, insbesondere den USA. Dazu gehören neben Monographien, Kommentaren und Lehrbüchern auch repräsentative juristische Zeitschriften. Die Literaturdatenbank des Instituts erfasst alle am Institut befindlichen Bücher, in ihr kann aber auch systematisch nach den in den letzten Jahren gesammelten Sonderdrucken und Einzelartikeln zu den zentralen Sachthemen gesucht werden.

Derzeit umfasst der Bestand der Bibliothek 5668 Titel. Daneben beherbergt die Bibliothek auch Bestände, die durch Fördermittel des Grakov-Graduiertenkollegs (s. Kapitel 6) finanziert werden konnten.

Die Bibliothek ist nicht nur das Zentrum der Forschungsarbeit, sondern der ansprechende Raum wird auch für europarechtliche Seminare, die WHI-Werkstattgespräche und die wissenschaftlichen Begegnungen des Graduiertenkollegs genutzt. Die Walter Hallstein-Bibliothek steht für Forschungsarbeiten den Studierenden und Mitarbeitern der Humboldt-Universität sowie interessierten Forscherinnen und Forschern aus dem In- und Ausland offen. Interessierte können sich unter bibliothek@whi.eu für die Bibliotheksnutzung anmelden und haben unter www.whi-berlin.eu/bibliothek.html Zugriff auf die Literaturdatenbank.

Für die Organisation und Buchhaltung der Bibliothek auch in diesem Jahr sind wir *Gabriele Müller* zu großem Dank verpflichtet.

Die Webseite des WHI

Informationen zu allen vom Institut ausgehenden Aktivitäten und Publikationen werden der Öffentlichkeit auf unserer Webseite www.whi.eu zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören vor allem die Texte der Vorträge des FCE und der Humboldt-Reden zu Europa, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Kurzbeiträge zum europäischen Verfassungsrecht (WHI-Papers), aber auch Links zu anderen Angeboten zum Europarecht bzw. zur Europapolitik. Auch die Literaturdatenbank der Institutsbibliothek ist hier einsehbar.



Das European Constitutional Law Network (ECLN)

Das WHI ist Initiator und zentraler Knoten eines Netzwerkes von Instituten mit ähnlicher Zielsetzung in den meisten Mitgliedstaaten Europas und den USA (European Constitutional Law Network), das mit einer eigenen Webseite auftritt (www.ecln.net). Das Netzwerk dient der europäischen bzw. internationalen Forschungskooperation sowie dem Gedankenaustausch zu Themen des Europäischen Verfassungsrechts. Es führt dazu internationale Symposien an den jeweiligen Standorten der Partnerinstitute durch. Nicht zuletzt begünstigt die gemeinsame Arbeit in einem derartigen Netzwerk auch den Forschungsaustausch.

Das ECLN verfügt über keine eigenen Organe oder Einrichtungen. Prof. Pernice nimmt seit der Gründung des ECLN die Aufgabe des Koordinators wahr. Gegründet wurde es im Zusammenhang mit der WHI-Eröffnungstagung 1998 in Berlin. 2014 fand keine ECLN-Konferenz statt; stattdessen gab es im Mai 2015 eine Tagung in Thessaloniki zum Thema: „Challenging Legitimacy in Europe“.

Soweit verfügbar, sind alle Beiträge zu den Symposien auf der Webseite des ECLN unter www.ecln.net veröffentlicht. Daneben erscheinen die Beiträge regelmäßig auch in Buchform in den eigens hierfür eingerichteten „European Constitutional Law Network Series“ bei NOMOS.

Seit einigen Jahren wurde im Blick auf die Intensivierung eines interdisziplinären Dialogs der Mitgliederkreis über die Experten des Europa- und Verfassungsrechts hinaus schrittweise auf Politikwissenschaftler ausgedehnt, die mit ihren Beiträgen Horizont und Perspektiven des

ECLN wesentlich erweitern. Die aktuelle Liste der Mitglieder sowie weitere Informationen zum ECLN sind online zu finden. Unter den angegebenen Adressen besteht auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme. Seitens des WHI ist *Dr. Mattias Wendel*, Maître en droit (Paris 1) für der Betreuung des ECLN verantwortlich.

Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)



Eine neue Dimension der Forschung zum europäischen und – erweitert – zum globalen Verfassungsrecht eröffnet das 2012 als Kooperation der Humboldt-Universität zu Berlin, der Univer-

sität der Künste Berlin, des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin und des Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg gegründete Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (www.hiig.de). Hier verbindet sich eine Initiative von Google Deutschland mit dem im WHI durch Prof. Pernice schon seit 2005 in Angriff genommenen und theoretisch Schritt für Schritt weiter entwickelten Projekt der Erforschung der „global dimension of multilevel constitutionalism“. Bei den dabei von Prof. Pernice zusammen mit Kollegen der Humboldt-Universität bearbeiteten Forschungsthemen „Global Privacy Governance“, „Verwaiste Werke“ und „KORSE“ ist wegen der betreffenden Initiativen oder Rechtsetzung der EU ein unmittelbarer Bezug zum europäischen Verfassungsrecht gegeben.

Die Europäische Union sucht mit der „Digitalen Agenda für Europa“ die Bedingungen für technische und auch gesellschaftliche Innovation zu verbessern und nutzt die neuen Möglichkeiten in vielerlei Hinsicht. Das Internet-Forum zum Verfassungskonvent war ein frühes Beispiel; neue Initiativen zu Datenschutz und Eigentumsrechten im Internet sind weitere. So wie die hier entwickelten Mechanismen überstaatlicher Politik und Rechtsetzung könnten auch die jetzt in die Diskussion gebrachten europäischen Lösungen Modell für künftig global wirksames Recht sein. Zugleich schafft technische Innovation auch neue sicherheits- und wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlichten deshalb 2013 eine gemeinsame [Cyber-Sicherheitsstrategie](#) für die EU, um Gefahren für die IT-Sicherheit von innen und außen besser begegnen zu können. Die Kommission stellte darüber hinaus 2014 ihr Strategiepapier zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes vor. Das durch Spezialisten der Wirtschaftsinformatik, der Politikwissenschaft, des Medienrechts und des Verfassungsrechts geschaffene interdisziplinäre Leitungsteam des Instituts begründet die Erwartung einer fruchtbaren Bündelung von Kompetenz aus den relevanten Bereichen, wie sie für die Erforschung der Entwicklung eines globalen Verfassungsrechts im Zeitalter des Internets unerlässlich ist.

Als Gründungsmitglied des Instituts wird Prof. Pernice auch sachlich um eine enge Zusammenarbeit des HIIG mit dem WHI besorgt sein, idealerweise zum Vorteil für beide Institute. So veranstalteten sie beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt im September 2014 einen Workshop zum Thema „Völkerrecht des Netzes“ in der Bibliothek des WHI (s. dazu Kapitel 7) und in Kooperation mit der stiftung *neue verantwortung* im Dezember 2014 eine größere Konferenz zum Thema: „Schutz von Privatsphäre und Daten in Zeiten von Big Data, staatlicher Überwachung und digitaler Grenzenlosigkeit“.

Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE)

Ende 2013 startete das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte und auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt KORSE. Es wird in Kooperation mit der Universität Freiburg, der Polizeihochschule Münster und der Bucerius Law School in Hamburg durchgeführt. Das HIIG forscht dabei speziell im Bereich der IT-Sicherheit aus europarechtlicher Perspektive zu den Themen Sicherheit als unionsverfassungsrechtliches „Schutzgut“ – Sicherheit von Netzen und kritischen Infrastrukturen, Datenaustausch und Informationssysteme im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Europa und Cyberkriminalität. Wegen des starken europarechtlichen Bezugs können hier Kompetenzen des WHI und des HIIG sinnvoll gebündelt werden. Aus aktuellem Anlass hat das WHI in diesem Zusammenhang zusammen mit der Stiftung *neue verantwortung* und dem KORSE-Projekt eine Reihe von Workshops zum Thema des Schutzes der Privatheit gegenüber der nachrichtendienstlichen Überwachung in Angriff genommen, die im Jahre 2013 mit einem Werkstattgespräch zum Thema „Balancing Liberty and Security in the Digital Age – Snowden and Beyond“ begonnen hat und im Jahr 2014 sukzessiv der Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen und Grenzen der Überwachung in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene gewidmet war.

Die Beteiligung im HIIG als auch Aufbau und Arbeit des KORSE-Projekts wurden maßgeblich von *Rüdiger Schwarz* koordiniert. Nähere Informationen zum HIIG und seiner weiteren Entwicklung finden sich auf der Internetseite des Instituts unter www.hiig.de.

4. Forum Constitutionis Europae (FCE)

Als Diskussionsforum zum Europäischen Verfassungsrecht und zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa, in dem Wissenschaftler, Politiker, Richter und hohe Beamte als Referenten zu Wort kommen, ist das FCE zu einer Institution im Zentrum Berlins geworden. Die Vortragsreihe gehört seit Mitte 1998 zu den Hauptaktivitäten des Instituts. Seit 1999 wurde sie freundlicherweise durch die Robert Bosch Stiftung (RBSG) gefördert, seit April 2003 war das FCE ein gemeinsames Projekt vom WHI und der RBSG. Das breit gefächerte Spektrum der Vorträge eröffnet fruchtbare und an der aktuellen Entwicklung ausgerichtete Perspektiven und vermittelt Anregungen für Studierende, Politiker und Wissenschaft.

Zum Ende des Jahres 2012 lief die Förderung der Redenreihe durch die RBSG aus. Damit entfiel vorübergehend die Grundlage für die Durchführung der Reihe im Jahre 2013. Seit 2014 besteht allerdings eine neue Kooperation mit der *Stiftung Mercator*, die vorerst für drei Jahre die Weiterführung mit bis zu sechs Vorträgen pro Jahr ermöglichen soll.

Dank dieser Unterstützung gelang es, am 15. 04. 2014 eine Rede von Prof. Dr. Johannes Masing, Richter des Bundesverfassungsgerichts (Erster Senat), zum Thema "Einheit und Vielfalt des Grundrechtsschutzes in Europa" im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin zu arrangieren.



Weiterhin sprach Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, am 14. 10. 2014 zum Thema "Aus der Krise lernen: Perspektiven einer Reform der Europäischen Union".

Am 11. 11. 2014 hielt der ehemalige Kommissar für Handel der EU-Kommission (2010-2014), Karel de Gucht, im Senatsaal der HU eine Rede zum Thema "Demokratie, Gleichheit und Investitionsschutz in der europäischen Handelspolitik" und beflügelte damit die europaweite Diskussion über die neuen Freihandelsabkommen der EU, auch im Hinblick auf die umstrittenen Staat-Investor-Schiedsgerichte.



Schließlich konnte das WHI am 24. 11. 2014 Herrn Prof. Dr. Koen Lenaerts, Vizepräsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, begrüßen, der im Rahmen des FCE zum Thema "Kooperation und Spannung im Verhältnis von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten" im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin sprach.

Alle Texte der diesjährigen Vorträge, Videoaufzeichnungen sowie einige Bilder und Anmerkungen zu den Reden sind unter www.whi-berlin.eu/FCE_2014 verfügbar.

5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)



Am 12. Mai 2000 hatte Bundesaußenminister *Joschka Fischer* an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten, in der er seine Gedanken über eine „Europäische Föderation“ entwickelte. Infolge der großen Resonanz auf diese Rede entstand die Idee, die Humboldt-Universität zu Berlin in besonderer Weise als Ort der perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grundfragen der Europäischen Integration auszuweisen.

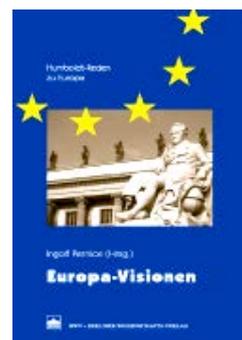


Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin, hier das Walter Hallstein-Institut, haben daher die Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zu einem lebendigen öffentlichen Diskurs über die Perspektiven der Europäischen Union beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen ehemalige oder amtierende Staats- und Regierungschefs sowie Präsidenten europäischer oder internationaler Institutionen über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas.

Am 08. 05. 2014 durften wir José Manuel Durão Barroso an der Humboldt-Universität begrüßen. Seine Rede zum Thema "Betrachtungen zur aktuellen Situation und zur Zukunft der Europäischen Union" war zugleich ein Rückblick auf seine ereignisreiche Amtszeit voller Herausforderungen für die Europäische Union. Die sehr inhaltsreiche

Rede steht für Interessierte unter www.whi-berlin.eu/humboldt-reden-zu-europa-archiv zur Verfügung; hier finden Sie auch einen Videoausschnitt der Rede.

Dank der freundlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der Kooperationspartner, der *Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland* und der *Deutsche Post AG* kann die HRE-Reihe, die von *Gabriele Müller* und *Elena Kullak* neben den FCE-Reden kompetent betreut wird, weiter fortgesetzt werden.



6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“

Das Berliner Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft?“ – „Multilevel Constitutionalism: European Experiences and Global Perspectives“ ist Fragen der Geltung des Rechts und einer Konstitutionalisierung auf globaler Ebene vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen gewidmet. Es wurde auf Antrag der Humboldt-Universität im April 2006 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Dauer von 4 ½ Jahren eingerichtet und 2010 um eine weitere Förderperiode von 4 ½ Jahren bis 2015 verlängert. Sprecher des Kollegs ist Prof. Pernice, auf dessen Initiative das Projekt beruht. Trägerinnen und Träger des Graduiertenkollegs sind im Übrigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Humboldt-Universität, der Freien Universität zu Berlin sowie der Universität Konstanz. Die Koordination des Graduiertenkollegs lag im Jahre 2014 zunächst in den Händen von *Dr. Detlef von Daniels* und *Dr. Lars Viellechner* sowie anschließend von *Dr. Mattias Wendel* und *Dr. Ulrike Höppner*.



Entwicklung und Zusammensetzung

Im Herbst 2009 hatte die zweite Generation Promovierender die erste Generation abgelöst. An ihre Stelle ist dann im Herbst 2012 die dritte und damit letzte Generation von Stipendiatinnen und Stipendiaten getreten. Bis zum Ablauf der zweiten Förderperiode im März 2015 umfasste das Graduiertenkolleg 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten, darunter vier assoziierte Doktorandinnen und Doktoranden aus der Rechts-, Politik- und Geschichtswissenschaft. Zudem wurde der wissenschaftliche Austausch auch 2014 durch kurzzeitig geförderte Gastkollegiatinnen und -kollegiaten bereichert.

Das Kolleg bot Rahmen und Anleitung zur Forschung im engen Gespräch der Kollegiatinnen und Kollegiaten untereinander sowie mit hochqualifizierten und engagierten Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die vorwiegend rechtswissenschaftliche Ausrichtung wird durch die Einbindung von Historikern, Philosophen und Politikwissenschaftlern interdisziplinär flankiert. Dank einer Abschlussfinanzierung durch die DFG haben die Kollegiatinnen und Kollegiaten die Möglichkeit, unter Ausnutzung einer Förderzeit von drei Jahren ihre Dissertationen bis zum Herbst 2015 abzuschließen.

Konzept

Grundthema des Graduiertenkollegs sind die juristischen Konsequenzen aus der zunehmenden Verdichtung und Vernetzung der Beziehungen der Menschen infolge der Globalisierung und die Rolle des Rechts als Instrument für die Wahrung des Friedens zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten. Die Analyse der Entwicklung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft führt zu der Frage, ob und inwieweit das Konzept der Rechtsgemeinschaft global weitergedacht werden kann. Europa kann Modell, aber auch Kontrapunkt zur Entwicklung einer globalen Rechtsordnung sein. Die Rolle des Staates als zentraler Ordnungsfaktor erscheint auch in einem globalen Mehrebenensystem als unverzichtbar, sie ist im Lichte eines „multilevel constitutionalism“ oder anderer neuer theoretischer Ansätze aber auch Änderungen unterworfen. In diesem Themenfeld liegen die Forschungsthemen der aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählten Stipendiaten.

Wissenschaftliches Begleitprogramm

Zu den Angeboten des Graduiertenkollegs gehört die Organisation eines anspruchsvollen wissenschaftlichen Begleitprogramms. Neben den regelmäßig stattfindenden Fortschrittsberichten und Literaturkreisen steht eine Gastvortragsreihe im Vordergrund. Die Vorträge mit anschließender Diskussion finden regelmäßig in der WHI-Bibliothek statt. Die Referenten stellen dabei ihre neuesten Ideen und Forschungsprojekte vor und erlauben damit den Kollegiatinnen und Kollegiaten, im kritischen Gespräch mit weltweit führenden Wissenschaftlern an den Stand der Forschung unmittelbar anzuknüpfen. Die Veranstaltungen stehen auch Gästen jederzeit zur Teilnahme offen.

Im Jahr 2014 konnten folgende Referenten im Graduiertenkolleg begrüßt werden:

- 13. Januar: **Prof. Saskia Sassen**, Columbia University, New York: „Global Assemblages of Territory, Authority, and Rights“.

- 22. Januar: **Prof. Dr. Henrik Enderlein**, Hertie School of Governance, Berlin: „Der Euro und das Grundgesetz: Anmerkungen aus ökonomischer Perspektive“.
- 05. Februar: **Prof. Dr. Peter Niesen**, Universität Hamburg: „Verfassungsgebende Gewalt jenseits des Staates“.
- 29. April: **Prof. Dr. Christoph Horn**, Universität Bonn: „Interkultureller Pluralismus der Menschenrechte? Versuch einer philosophischen Klärung“.
- 07. Mai: **Dr. Ingo Venzke**, Universiteit van Amsterdam, Niederlande: „In wessen Namen? Eine öffentlich-rechtliche Theorie internationaler Rechtsprechung“.
- 27. Mai: **Prof. Martin Krygier**, University of New South Wales, Australien: „After the Short Twentieth Century: Launching the Global Career of the Rule of Law“.
- 04. Juni: **Prof. Dr. Robert Schütze**, Durham University, Großbritannien: „Amerikanischer Föderalismus als (Inter)nationale Ordnung“.
- 18. Juni: **Prof. Paul Schiff Berman**, George Washington University, USA: „Global Legal Pluralism“.
- 24. Juni: **Prof. Dr. Samantha Besson**, Université de Fribourg, Schweiz: „The Holders of International Human Rights“.
- 02. Juli: **Johannes Möller**, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Die Konstitutionalisierung des Europarechts aus Sicht der Praxis“.
- 09. Juli: **Prof. Dr. Michael Wohlgemuth**, Open Europe Berlin: „Verfassungsökonomische Aspekte der Europäischen Union“.
- 15. Oktober: **Prof. Andrew Sartori**, New York University, USA: „How Have Liberal Norms Travelled?“.
- 19. November: **Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer**, Universität Leipzig: „Prinzipien des Staates in einer pluralen Welt. Zur Aktualität begrifflicher Stufungen in Hegels Rechtsphilosophie“.
- 03. Dezember: **Prof. Monica Claes**, Maastricht University, Niederlande: „Negotiating Constitutional Identity or Whose Identity is it Anyway?“.
- 10. Dezember: **Prof. Dr. Jan Komárek**, London School of Economics and Political Science, Großbritannien: „The Place of Constitutional Courts in the EU“.
- 17. Dezember: **Prof. Dr. Kirsten Schmalenbach**, Universität Salzburg, Österreich: „Vereinte Nationen mit begrenzter Haftung“.

Darüber hinaus organisierten die Stipendiaten des Graduiertenkollegs in Zusammenarbeit mit Stipendiaten der Studienstiftung des Deutschen Volkes vom 28. Februar bis zum 1. März 2014 einen Workshop zum Thema „Konstitutionalisierung in Zeiten globaler Krisen“. Daraus ging ein gleichnamiger Sammelband hervor, der bei Nomos in der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht im März 2015 erschien.

Über Einzelheiten sowie bisherige und zukünftige Veranstaltungen des Graduiertenkollegs informiert die Webseite des Kollegs: www.grakov-berlin.eu.

☆ 7. Werkstattgespräche zum Europäischen Verfassungsrecht



Ziel der Werkstattgespräche ist es, durch den Gedankenaustausch von Wissenschaft und politischer Praxis eine „Ideenschmiede“ zum Europäischen Verfassungsrecht zu schaffen. In diesem Rahmen sollen sowohl grundlegende rechtliche Fragestellungen des europäischen Verfassungsrechts problematisiert und analysiert als auch konkrete Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme erarbeitet werden. Durch den Dialog verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Praktikern und Politikern werden Impulse und Denkanstöße für den praktisch-politischen ebenso wie für den akademischen Bereich gegeben und in die Debatte um den Prozess der europäischen Verfassungsentwicklung hineingetragen.

Zu den auf das europäische Verfassungsrecht konzentrierten Themen kamen vor allem nach den Enthüllungen zu den Überwachungspraktiken der NSA sowie der britischen GCHQ auch die Fragen des Datenschutzes, der Privatheit und der rechtlichen Bedingungen geheimdienstlicher Tätigkeiten hinzu.

Im Jahr 2014 fanden in diesem Rahmen folgende Gespräche statt:

- 30. Januar: zum Thema „From Commitment to Action: Fundamental Values in the EU Member States“.
- 24. Februar: zum Thema „Rechtliche Grenzen nachrichtendienstlicher Überwachung der Einzelnen“.
- 27. März: zum Thema "Internet Surveillance and Human Rights in Europe".
- 13. Mai: Podiumsdiskussion der Open Europe Berlin gGmbH und des WHI zum Thema "Die Geschichte des Euro und die Zukunft der EU – zwei Pioniere in der Diskussion".
- 22. Mai: mit **Karel de Gucht** zum Thema "European trade policy as a means to influence globalisation".
- 01. Juli: mit **Wenwen Shen, PhD** zum Thema „Human Rights in International Law – A Chinese Perspective“.
- 08. September: gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt zum Thema „Völkerrecht des Netzes“.

Zu den Gesprächen finden Sie ausführliche Berichte unter dem Link: <http://www.whi-berlin.eu/werkstattgespraeche.html>. Näheres zum Gespräch über das Völkerrecht des Netzes ist zu finden unter: <http://www.hiig.de/events/das-volkerrecht-des-netzes/>.

Schließlich veranstaltete das WHI gemeinsam mit dem HIIG und der Stiftung *neue verantwortung* am 3. Dezember 2014 eine Konferenz zum Thema „Schutz von Privatsphäre und Daten in Zeiten von Big Data, staatlicher Überwachung und digitaler Grenzenlosigkeit“, in der über die Kontrolle von Nachrichtendiensten und den Schutz von Privatsphäre und Daten debattiert wurde. Ausführliche Informationen zu dieser Veranstaltung sind unter diesem Link zu finden: <http://www.hiig.de/events/schutz-von-privatsphaere-und-daten/>.

8. Kooperationen mit EU- und nationalen Institutionen

Das WHI steht in engem Kontakt zu den verschiedenen europäischen Institutionen. Neben den Vortragsreihen HRE und FCE findet dieser Austausch vor allem in Form von Arbeitsgruppen und anderen ad-hoc-Veranstaltungen statt.

Hierzu gehört die Mitwirkung von Prof. Pernice in einer Expertengruppe, die auf Einladung des Auswärtigen Amtes die Entwicklung des Verfassungsrechts insbesondere im Blick auf die Konsequenzen aus der Finanzkrise, aber auch zum Schutz der Menschenrechte und der Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union betrachtet und Strategien entwickeln soll. Eine erste Sitzung fand am 25. 02. 2013 im Auswärtigen Amt statt.

Am 17. 01. 2014 nahm Prof. Pernice für das WHI im Bundesministerium der Justiz an einem perspektivischen Workshop zur „Reform des EGMR“ teil.

Weiterhin hielt Prof. Pernice am 20. 01. 2014 eine Keynote während der Öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament zum Thema „Relations between the European Parliament and the European Commission: Parliamentarism or Presidentialism?“.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts des Europäischen Parlaments nahm Prof. Pernice am 01. 04. 2014 an einem Workshop des Europäischen Parlaments in Brüssel teil, wo das Thema „Investor-State Dispute Settlement (ISDS) provisions in the EU's International Investment Agreements“ erörtert wurde. Er sprach dort über „European Union law and investment protection agreements“.



Am 08. 05. 2014 war Prof. Pernice zu einem Hintergrundgespräch mit Herrn Dr. Johannes Laitenberger, Kabinettschef des Präsidenten der Europäischen Kommission zum Thema „Zukunft der Europäischen Union“ geladen, in dem er insbesondere zu den institutionell-rechtlichen Konsequenzen der Finanzkrise in der EU Stellung nahm.

Des Weiteren sprach Prof. Pernice am 22. 05. 2014 in der Bibliothek des WHI mit internationalen Journalisten im Rahmen der Informationsreise des Auswärtigen Amtes für Europäische Journalisten mit dem thematischen Hintergrund der Europawahl in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Berlin.

Daneben war Prof. Pernice am 27. 06. 2014 zur Auftaktveranstaltung des Transatlantischen Cyber-Dialogs im Auswärtigen Amt mit Minister Steinmeier und Präsidentenberater John Podesta geladen und wirkte in dem nachfolgenden Panel zu Fragen der Privacy im transatlantischen Verhältnis aktiv mit.

Am 21. 08. 2014 diskutierte Prof. Pernice in einer Expertenrunde im Bundesinnenministerium unter Leitung von Minister Dr. Thomas de Maizière über das Thema "Big Data - eine Herausforderung für den Datenschutz". Nähere Informationen zu dem Gespräch sowie eine Video-Aufzeichnung der Veranstaltung finden sich auf der Webseite des Ministeriums unter

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/08/expertenrunde-big-data.html>.

Schließlich nahm Prof. Pernice am Europapolitischen Werkstattgespräch im Auswärtigen Amt zum Thema „Wirtschafts- und Währungsunion“ am 14. 10. 2014 teil, in dem wiederum die Handlungsoptionen in der Finanzkrise und die Möglichkeiten institutioneller Anpassung der Bestimmungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Mittelpunkt standen.

9. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Zeitschriftenbeiträge, Beiträge zu Sammelbänden, Editorials

Autonomy of the European Legal Order – Fifty Years after Van Gend & Loos, in: Antonio Tizzano, Juliane Kokott und Sacha Prechal (eds.), 50ème Anniversaire de l'arrêt 50th anniversary of the judgment in Van Gend en Loos, 1963-2013, Actes du Colloque Luxembourg, 13 mai 2013 – conference proceedings Luxembourg, 13 May 2013, Luxembourg 2014, S. 55-80.

Domestic courts, constitutional constraints and European democracy: What solution for the crisis?, in: Maurice Adams, Federico Fabbrini & Pierre Larouche (eds.), The Constitutionalization of European Budgetary Constraints, Hart 2014, S. 297-318.

Die Verfassung der Internetgesellschaft, in: Alexander Blankenagel (Hrsg.), Den Verfassungsstaat nachdenken. Eine Geburtstagsgabe, Duncker & Humblot, Berlin (2014), S. 171-208.

Editorial: Politisierung der EU nach der Europawahl – Politik zwischen TTIP und TTU, EuZW 2014, S. 521-522.

Guest Editorial: A Difficult Partnership between Courts: The First Preliminary Reference by the German Federal Constitutional Court to the CJEU, in: 21 Maastricht Journal of European and Comparative Law, 2014, S. 3-13.

Study on International Investment Protection Agreements and EU Law, in: European Parliament Directorate-General for External Policies Policy Department (Elfried Bierbrauer and Roberto Bendini, eds.), Investor-State Dispute Settlement (ISDS) Provisions in the EU's International Investment Agreements, Vol. 2 – Studies, PE 534.979, Luxemburg 2014, S. 132-169.

La Liga Constitucional Europea puesta a prueba, in: Jorge Alguacil González-Aurioles and Ignacio Gutiérrez Gutiérrez (eds.), Constitución: Norma Y Realidad. Teoría constitucional para Antonio López Pina, 2014, p. 209-236, deutsche Fassung: Der europäische Verfassungsverbund in der Bewährung, WHI-paper 07/13.

Umweltvölker- und europarechtliche Vorgaben zum Verbandsklagerecht und das System des deutschen Verwaltungsrechtsschutzes. Impulse zur Rechtsentwicklung im Mehrebenenverbund, in: Ekkehard Hofmann (Hrsg.), Demokratisch-Funktionale Analyse der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umwelt- und Infrastrukturrecht, Workshop Saloniki 4.-6. Dezember 2014, 2015 i.E., auch in JZ 2015, i.E.

Vorträge

Vortrag im Rahmen der Jahrestagung des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung zum Thema Alterssicherung und Entwicklung in Europa, Deutsche Rentenversicherung, Vortragsthema: „Solidarität, Demokratie und Stabilität in Europa – Eckpunkte einer EU-Reform“, 23./24. 02. 2014.

Vortrag im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Goethe Universität Frankfurt am Main, zum Thema „The Internet in Global Constitutionalism“, 11. 06. 2014.

Vortrag im Rahmen des „11th International Futures Programme“ im Auswärtigen Amt, zum Thema „The European Union“, „Reform der EU nach der Finanzkrise“, 13. 08. 2014.

Vortrag zur Tagung „Kunst und Recht“ im Byzantinischen Museum Thessaloniki, zum Thema: „Kunstfreiheit als kulturelles Grundrecht“, 04. 12. 2014.

Vortrag anlässlich der Zeremonie der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Aristoteles Universität Thessaloniki, zum Thema „Multilevel Constitutionalism and the Crisis of Democracy in Europe“, 04. 12. 2014.

Vortrag im Rahmen des Workshops des Deutschen Akademischen Austauschdienstes zu „Demokratisch-Funktionale Analyse der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umwelt- und Infrastrukturrecht“ an der Aristoteles Universität Thessaloniki, zum Thema „Öffentlichkeitsbeteiligung und Verbandsklage im Umweltrecht. Das deutsche Problem“, 05. 12. 2014.

Prof. Dr. Frank Hoffmeister (Europäische Kommission, WHI Senior Fellow)

Veröffentlichungen

Zusammen mit Gabriela Alexandru: A First Glimpse of Light on the Emerging Invisible EU Model BIT, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), S. 379-401.

Enforcing the EU Charter of Fundamental Rights in Member States: How Far are Rome, Budapest and Bucharest from Brussels?, in: A. von Bogdandy/P. Sonnevend, Constitutional Crisis in the European Constitutional Area, Theory, Law and Politics in Hungary and Romania, Beck/Hart/Nomos, Oxford 2015, pp. 195-234.

Kommentar zu Artikeln 212 und 213 AEUV (wirtschaftliche, technische und finanzielle Zusammenarbeit mit Drittstaaten), in Grabitz/Hilf, EU-Vertrag, 55. Ergänzungslieferung Januar 2015.

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale) (Universität Bielefeld, WHI Senior Fellow)

Veröffentlichungen

Kompetenzverschiebungen als Krisenfolge? Die US-Verfassungsentwicklung seit dem New Deal und Lehren für die Euro-Krise, Juristenzeitung [JZ] 2014, S. 593-602.

Rebels without a cause? Zur OMT-Vorlage des Bundesverfassungsgerichts, Europarecht [EuR] 2014 S. 473-513.

Rebels without a cause? A critical analysis of the German Constitutional Court's OMT reference, 15 German Law Journal [GLJ] 2014 (Special Issue), S. 111-146.

La decision de la Cour constitutionnelle fédérale allemande relativement au programme OMT, Revue trimestrielle de droit européen [RTDE] 2014, S. 683-713.

Zusammen mit Marina Ermes: Rechtsfragen zu den EU-Freihandelsabkommen CETA und TTIP, Zeitschrift für Rechtspolitik [ZRP] 2014, S. 237-240.

Groundhog Day in Karlsruhe. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 3%-Sperrklausel bei Wahlen zum Europäischen Parlament, <http://www.verfassungsblog.de/de/groundhog-day-in-karlsruhe>, Februar 2014.

EU-weiter Konsens über Standards von Privatheit und Datenschutz ist möglich. Zum Urteil des EuGH in Sachen Vorratsdatenspeicherung, <http://www.verfassungsblog.de/de/eu-weiter-konsens-ueber-standards-von-privatheit-und-datenschutz-ist-moeglich>, April 2014.

Vorträge

Die Europäisierung nationaler Parlamente (Vortrag auf der Fachtagung „Modelle des Parlamentarismus im 21. Jahrhundert. Neue Ordnungen von Recht und Politik“ des Gesprächskreises Recht und Politik in der Europäischen Union mit der Friedrich-Ebert-Stiftung) 28. Januar 2014, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Stand und Umsetzung der Bankenunion (Impulsreferat auf dem Expertenrat des Expertenkreises der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)) 30. Januar 2014, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Die Vorlage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH in Sachen OMT (Referat vor der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union der SPD-Bundtagsfraktion) 18. Februar 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Stellungnahme zur Minderheitenrechten und Oppositionsrechten im Bundestag (Einleitende Stellungnahme im Rahmen eines erweiterten Berichtstattergesprächs (Anhörung) des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des 18. Deutschen Bundestages zur Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode) 12. März 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 3%-Sperrklausel bei Wahlen zum EP (Kurzreferat vor der Kommission Europäische Union beim SPD-Parteivorstand) 14. März 2014, Willy-Brandt-Haus, Berlin.

Towards a political deepening of the Eurozone – legal aspects (Kurzreferat auf dem gemeinsamen Workshop der Glienicker Gruppe und der Groupe Eiffel „Auf dem Weg zur politischen Vertiefung der Eurozone“) 17. März 2014, DIW, Berlin.

Der Einfluss mitgliedstaatlicher Grundrechtsgewährleistungen auf die Charta der Grundrechte – wie konsistent sind die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten? (Vortrag im Rahmen des Symposiums „Grenzen Europäischer Normgebung – EU-Kompetenzen und Europäische Grundrechte“ der Bucerius Law School und der Hengeler Mueller Partnerschaft von Rechtsanwälten) 19. März 2014, Gesellschaftshaus Palmengarten, Frankfurt am Main.

Globaler Angriff auf nationale Grundrechte: Die NSA-Affäre und ihre Folgen für den internationalen Rechtsschutz (Vortrag im Rahmen des 18. Journalistenseminars der Bundesrechtsanwaltskammer) 20. März 2014, Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin.

Mehr Demokratie in der EU, aber wie? (Vortrag im Rahmen der Tagung „Europa, die Parteien und die Demokratie“ des Gesprächskreises Zukunft der Parteiendemokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung) 20. März 2014, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Eine Reform der institutionellen Architektur Europas? (Vortrag im Rahmen des Walter Hallstein Kolloquiums 2014 „Die Europäische Union am Scheideweg: Mehr oder weniger Europa?“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main) 22. März 2014, Goethe Universität Campus Westend, Frankfurt am Main.

The euro crisis and German constitutional psychology (Vortrag im Rahmen des „Europe Matters seminar“ der Europäischen Zentralbank) 24. März 2014, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Rechtliche Rahmenbedingungen für eine PKW-Maut (Vortrag im Rahmen des Fachgesprächs ‚PKW-Maut für Ausländer‘ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) 31. März 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Welche Institutionellen und strukturellen Änderungen führen Europa aus der Krise? (Vortrag im Rahmen des Gustav Radbruch-Forums 2014 „Quo vadis, Europa? Europa im Zeichen der Finanz- und Schuldenkrise – Reform und Integration“ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)) 5. April 2014, Saalbau Gutleut, Frankfurt am Main.

Welche europäischen Institutionen wollen wir? Quelles institutions européennes voulons-nous ? (Vortrag im Rahmen der Jahrestagung 2014 „Welches Europa wollen wir? Quelle Europe voulons-nous? Deutsch-französische Beziehungen im Europa von morgen - Les relations franco-allemandes dans l'Europe de demain“ des Ehemaligenvereins des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs, Anciens du Dialogue d'Avenir Franco-Allemand ADAFA) 11. April 2014, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

Aktuelle Kerneuropa-Vorschläge aus rechtlicher Sicht – Reaktion auf Wolfgang Schäuble (Eingangsstatement auf der Podiumsdiskussion „20 Jahre Kerneuropa: Wo stehen wir heute und wo wollen wir hin?“ der Open Society Initiative for Europe und der Konrad-Adenauer Stiftung) 1. September 2014, Allianz-Forum, Pariser Platz, Berlin.

Europäisches Wahlrecht - Welche Vorschläge zur Reform des europäischen Wahlrechts gibt es? Wie sind sie zu bewerten? (Impulsreferat auf dem Expertenrat des Expertenkreises der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und der Forschungs-Initiative

NRW in Europa (FINE)) 11. September 2014, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Zur Einstufung von CETA als gemischtes Abkommen (Eingangsstatement im Rahmen eines Pressegesprächs zum Entwurf des Europäisch-Kanadischen Freihandelsabkommens (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA)) 22. September 2014, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Die europäische Integration im Jahre 2050. Ein antizipierter Rückblick (Vortrag auf dem Jahresempfang der Justizpressekonferenz Karlsruhe e.V.) 23. September 2014, Literaturmuseum/Prinz-Max-Palais, Karlsruhe.

Rechtsschutz gegen die Verwaltung – Deutschland (Werkstattbericht auf der Autorentagung zum Band VIII des Ius Publicum Europaeum, Staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit) 25. September 2014, Hotel Schloss Berg am Starnberger See.

Aktuelle europapolitische Herausforderungen (Vortrag vor der SPD-Bundestagsfraktion („Fraktionsoffener Abend“) 7. Oktober 2014, Jakob-Kaiser-Haus, Deutscher Bundestag, Berlin.

Ratifikations- und Verfahrensfragen bei Freihandelsabkommen der EU (Einleitende Stellungnahme in einem Expertengespräch im Rahmen einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung zu Ratifikationsverfahren bei Freihandelsabkommen der EU, insbesondere zu CETA und TTIP im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des 18. Deutschen Bundestages (Europaausschuss)) 8. Oktober 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Smart Regulation as a Moving Target? Summary of the discussion (Zusammenfassung zu einer Paneldiskussion im Rahmen der Konferenz „Smart Regulation“ des Frankfurter Instituts für das Recht der Europäischen Union, Europa-Universität Viadrina) 10. Oktober 2014, DBB Forum Berlin.

Das Ergebnis der Europawahl und seine Auswirkungen auf die künftige Arbeitsweise der Europäischen Institutionen (Vortrag im Rahmen der Expertengespräche der Strukturgesellschaft (Gesellschaft zum Studium Strukturpolitischer Fragen e.V.) – Beirat für Europa) 6. November 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Das Ausländerwahlrecht aus europarechtlicher Sicht (Einleitende Stellungnahme im Rahmen des Themenabends „Zukunft der Partizipation: Rechtliche und politische Handlungsspielräume für die Einführung eines Ausländerwahlrechts nach dem Urteil des Bremer Staatsgerichtshofs“ des Citizens For Europe e.V.) 6. November 2014, Auditorium, Grimm-Zentrum, Humboldt-Universität, Berlin.

Interviews

Interview für den Beitrag „Riskante Wetten. EU-Börsenaufsicht darf Leerverkäufe verbieten“ von Wolfgang Janisch (Zeitungsinterview), Süddeutsche Zeitung Nr. 18 v. 23. Januar 2014, S. 27.

Interview für die Berichterstattung des Schweizer Fernsehens (SFR) Tagesschau Hauptausgabe über die Vorlage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH in Sachen EZB von Jonas Projer, 7. Februar 2014.

Interview für die Berichterstattung von Thomson Reuters über die Vorlage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH in Sachen EZB von Paul Taylor, Reuters, 7. Februar 2014.

Interview für den Beitrag „Europa oder Demokratie?“ von Melanie Amann u.a. (Zeitungsin-terview), DER SPIEGEL 7/2014 v. 10. Februar 2014, S. 28.

Interview für die Sendung „Aktuelle Stunde“ zum Ausgang des Referendums zur Zuwande-rung in der Schweiz (Fernsehinterview), WDR, 10. Februar 2014.

Justizkonflikt oder Normalisierung? Interview zur ersten Vorlage des BVerfG an den EuGH (OMT-Programm) für das „Spotlight“ der Bertelsmann-Stiftung, Februar 2014, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-8992D0C1-7B661835/bst/hs.xsl/nachrichten_119997.htm.

Interview für den Beitrag „Court Challenge on Bond Buying Poses Test for Central Bank, and for E.U.“ der New York Times über die Vorlage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH in Sachen EZB von Jack Ewing, New York Times v. 13.2.2014, S. B3 New York edi-tion (= „Disavowal of Draghi answers few questions. German challenge raises more questi-ons than it answers about Draghi“, International New York Times v. 13. Februar 2014, S. 14).

Interview für den Beitrag „Reconciling ECB and Germany’s highest court over OMT won’t be easy“ der Irish Times über die Vorlage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH in Sachen EZB (OMT-Programm) von Derek Scally, Irish Times v. 14. Februar 2014, S. 5.

Zum Urteil des BVerfG zur 3% Sperrklausel bei Europawahlen (Fernsehinterview), Nach-richtensender N24, Studio Berlin, 27. Februar 2014.

Interview für den Beitrag „Die Anmaßung. Das Bundesverfassungsgericht und Europa“ von Melanie Amann u.a. (Zeitungsin-terview), DER SPIEGEL 11/2014 v. 10. März 2014, S. 20.

Interview für die Sendung: „Hintergrund Politik: Zum ESM-Urteil: Rechtsprechung in Zei-ten der Eurokrise“ von Stephan Detjen (Radiointerview), Deutschlandfunk, 17. März 2014.

Interview für die Sendung: „Europa – ist die Krise eine Chance?“ von Annette Wilmes (Ra-diointerview), RBB Kulturradio (Kulturtermin), 5. Mai 2014.

Interview zu Fragen der exekutiven Eigenverantwortung und des NSA-Untersuchungsausschusses für die Sendung: „Das war der Tag“ (Radiointerview), Deutsch-landfunk, 5. Mai 2014.

Interview für den Beitrag „Merkel acknowledges need to engage with Eurosceptic voters“ der Irish Times über den Ausgang der Europawahlen von Derek Scally, Irish Times v. 27. Mai 2014, S. 6.

Interview für die Sendung „Aktuelle Stunde“ zu Rechtsfragen um die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission (Fernsehinterview), WDR, 27. Mai 2014.

Interview für den Beitrag „Dobrindt geht es nicht um eine Reform“ [„Vielleicht wird mit dem Scheitern gerechnet“] von Timot Szent-Ivanyi (Zeitungsin-terview), Frankfurter Rund-schau v. 18. Juli 2014, S. 4 [Berliner Zeitung v. 24. Juli 2014, S. 10].

Interview für die Sendung: „Hintergrund Politik: Zur Verkündung des Urteils des BVerfG in Sachen Informationsrechte des Parlaments zu Rüstungsexporten“ von Gudula Geuther (Radiointerview), Deutschlandfunk, 20. Oktober 2014.

Interview für ZDF (heute.de) für den Beitrag „Rüstungsexport bleibt Regierungssache - und geheim“ über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Informationsrecht des Bundestages bei Rüstungsexporten am 21. Oktober 2014 von Ines Trams, www.heute.de, 21. Oktober 2014.

„Les tribunaux risquent de devoir combler les lacunes“, „Treaty needs ability to be changed“ (Zeitungsinterview mit Andreas Rogal), Europolitics Nr. 4970 v. 12. November 2014, S. 26/27.

Interview für einen Beitrag zu nationalem Recht und internationaler Wirtschaft in der Zeitschrift Unternehmensjurist Ausgabe 1/2015 Februar/März 2015 von Anke Stachow (Zeitungsinterview), 8. Dezember 2014.

Anhörungen

Teilnahme als Sachverständiger an einem erweiterten Berichterstattegespräch (Anhörung) des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des 18. Deutschen Bundestages zur Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode, 12. März 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Teilnahme als Sachverständiger an einem Expertengespräch im Rahmen einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung zu Ratifikationsverfahren bei Freihandelsabkommen der EU, insbesondere zu CETA und TTIP im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des 18. Deutschen Bundestages (Europaausschuss), 8. Oktober 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Teilnahme als Sachverständiger an einer öffentlichen Anhörung zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada CETA im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des 18. Deutschen Bundestages (Wirtschaftsausschuss), 15. Dezember 2014, Deutscher Bundestag, Berlin.

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London) (Universität Konstanz, WHI Senior Fellow)

Veröffentlichungen

Blaupausenfallen bei der Abgrenzung von Grundgesetz und Grundrechtecharta, Die Öffentliche Verwaltung 2014, 941-951.

Sprachkenntnisse und Ehegattennachzug: Bewegung beim Standstill für türkische Staatsangehörige, Zeitschrift für Ausländerrecht 2014, 301-306.

Unionsbürgerfreiheit und Aufenthaltsrecht, Zeitschrift für Ausländerrecht 2014, 220-227.

Sozialleistungen für und Aufenthalt von nichterwerbstätigen Unionsbürgern, Neue Zeitschrift für Sozialrecht 2014, 81-90.

Residence as de facto Citizenship? Protection of Long-Term Residence under Article 8 ECHR, in: Ruth Rubio-Marin (Hrsg.): Human Rights and Immigration (OUP, 2014), S. 106-144.

Transfer Agreements for Pirates concluded by the EU – a Case Study on the Human Rights Accountability of the European Security and Defence Policy, in: Panos Koutrakos/Achilles Skordas (Hrsg.): The Law and Practice of Piracy at Sea (Hart, 2014), S. 167-181.

Einheit in Vielfalt. Binnendifferenzierung der EU-Integration, in: Armin Hatje/Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): Enzyklopädie Europarecht. Band 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht (Nomos, 2014), § 5.

GASP und äußere Sicherheit, in: Andreas von Arnould (Hrsg.): Enzyklopädie Europarecht. Band 10: Europäische Außenbeziehungen (Nomos, 2014), § 16.

Zusammen mit Christoph Schönberger: Germany, in: Ulla Neergaard/Catherine Jacqueson/Nina Holst-Christensen (Hrsg.): Union Citizenship: Development, Impact and Challenges. The XXVI FIDE Congress in Copenhagen (DJØF, 2014), S. 569-586.

Vorträge

„Podiumsdiskussion: Solidarische Sicherungssysteme und europäische Freizügigkeit“, 5. Deutscher Sozialgerichtstag, 21. November 2014, Potsdam.

„Personhood and Fundamental Rights in EU Law“, Konferenz: The Category of the Person in EU Law, European University Institute, 10./11. November 2014, Florenz.

„Panel Debate: Is the EU the only game in town?“, Konferenz: Democratic Constitutionalism in Europe, ARENA (Centre for European Studies) an der Universität Oslo, 3./4. November 2014, Oslo.

„An den Grenzen des Verwaltens (Öffentliches Recht)“, Vortrag im Rahmen des Kulturwissenschaftliches Kolloquiums im Rahmen des Konstanzer Exzellenzclusters ‚Kulturelle Grundlagen der Integration‘, 11. Juni 2014, Konstanz.

„The Court of Justice, Law, Politics and the EEC-Turkey Association Agreement“, Conference on the Rights of Third Country Nationals under EU bilateral Treaties, Özyeğin University, 22./23. Mai 2014, Istanbul.

„Zugang zu Sozialleistungen: Europäische Vorgaben und nationale Optionen“, Bayerischer Integrationstag 2014 im Landtag, 9. Mai 2014, München.

„The Scope of the Charter: Application of EU Fundamental Rights in the Member States“, Workshop at the Instituto de Empresa, 5. Mai 2014, Madrid.

„Migration Governance and the Law in Germany and the European Union“, International Symposium: The Status and Prospect of Laws on Foreigners and Migration in Main Countries, The Institute of Legal Studies, Konkuk University, 23. April 2014, Seoul/Südkorea.

„Panel Chair: Towards a Common European Asylum System“, Congress of the pan-European Odysseus Network, 7./8. April 2014, Brüssel.

„Unionsbürgerfreizügigkeit: europäische Ungewissheiten und nationale Handlungsspielräume“, Migrationspolitisches Forum: Grenzen der Freizügigkeit, 24. März 2014, Berlin.

„Political Justifications“, Conference: Exceptions from EU movement law, 20./21. Februar 2014, City University London.

„Grenzen der Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt“, Festvortrag auf der Absolventenfeier des Fachbereichs Rechtswissenschaft, 7. Februar 2014, Konstanz.

Anhörungen

Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 2014 zur Neuregelung des EU-Freizügigkeitsrechts.

Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 24. Juni 2014 über einen Gesetzentwurf zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten.

Öffentliche Anhörung des Integrationsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 18. Juni 2014 zur Freizügigkeit in der Europäischen Union.

Prof. Dr. Stephan Wernicke (Deutscher Industrie- und Handelskammertag, WHI Senior Fellow)

Veröffentlichungen

Stephan Wernicke, "Law - Made in Germany": Von der Selbstvergewisserung zum rechtspolitischen Ziel der 18. Legislaturperiode, ZRP 2014, 34-37.

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield) (Freie Universität Berlin, WHI Senior Fellow)

Veröffentlichungen

Zusammen mit Hannes Köhler: Europarechtliche Determinanten des deutschen Steuerrechts, in: Kazuhiko Matsumoto (Hrsg.), Herausforderungen der Öffentlichen Rechtswissenschaft in Japan und Deutschland, Verlag Nippon-Hyoron sha, März 2014, S. 239-260, zugleich: WHI-Paper 06/2013, abrufbar: http://www.whi-berlin.eu/tl_files/WHI-Papers%20ab%202013/WHI-Paper-6-2013.pdf.

§ 33 – Die mittelbare Unionsverwaltung durch die Mitgliedstaaten, in: Stefan Leible und Jörg Philipp Terhechte (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht, Bd. 3/10, Europäischer Rechtsschutz und Verfahrensrecht, Nomos, 2014, S. 1227-1267.

Zusammen mit Hannes Köhler: Der Einfluss der Grundfreiheiten auf direkte Steuern, Juristische Schulung 2014, Nr. 5, S. 405-408.

Zusammen mit Katharina Berner: Fortgeschrittenenklausur – Öffentliches Recht: Hier kommt die Maut!, Juristische Schulung 2014, Nr. 9, S. 812-817.

Stellungnahme für den Deutschen Bundestag, Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages; Anhörung zum geplanten europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), 15.12.2014, abrufbar unter: <http://www.jura.fu-berlin.de/fachbereich/einrichtungen/oeffentliches-recht/lehrende/hindelangs/CETA-Anhoerung-Bundestag/index.html>.

Study on Investor-State Dispute Settlement (‘ISDS’) and Alternatives of Dispute Resolution in International Investment Law, in: Europäisches Parlament (ed.), Investor-State Dispute Settlement (ISDS) Provisions in the EU’s International Investment Agreements, vol. 2, Studies, Brussels September 2014, S. 39-131, abrufbar unter: <http://www.jura.fu-berlin.de/fachbereich/einrichtungen/oeffentliches-recht/lehrende/hindelangs/Studie-fuer-Europaeisches-Parlament/Hindelang.pdf>.

Investor-state dispute settlement – Pulling the chain tighter, Verfblog, 2014/4/17, abrufbar unter: <http://www.verfassungsblog.de/investor-state-dispute-settlement-pulling-the-chain-tighter>.

Vorträge

Symposium mit Expertinnen und Experten aus Praxis, Wissenschaft und Politik zum Thema „Gestatten, TTIP! Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren – Gefahr für den Rechtsstaat? Daten, Fakten, Hintergründe“, Impulsvortrag, 06.7.2014, Vertretung der Länder Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen beim Bund, Berlin.

Deutsch-Russisches Symposium zum Thema „Regionale Wirtschaftsintegration“, Vortragsthema: „The EU's external trade policy - Current negotiations on the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) and the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) as a possible role model for future EU agreements in the area of investment - state of play and issues to conquer“, 26.-27.6.2014, Staatliche St. Petersburger Universität, Russische Föderation.

Theseurs/Proteus, International Summer School and Simulation Exercise 2014, Brüssel, Belgien, Generalthema “The Transatlantic Trade and Investment Partnership”, Thema der Vorlesung: “Investor-State Dispute Settlements”, 25.6.2014.

Wirtschaftspolitisches Frühstück zu „TTIP“, Vortragsthema: „Investitionsschutzklauseln in TTIP“, 18.6.2014, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Workshop “Investment Arbitration – from the shadows into the spotlight?”, Vortragsthema: “Investor-state dispute settlement in EU investment agreements – Pulling the chain tighter?”, 15.5.2014 Norton Rose Fulbright, Investment Arbitration Round Table, Frankfurt/Main.

Workshop “Investor-State Dispute Settlement Provisions in the EU's International Investment Agreements”, Vortragsthema: “Investor-State Dispute Settlement (ISDS) and alternatives of dispute resolution in international investment law”, 01.4.2014, European Parliament, Committee on International Trade and Directorate General for External Policies, Policy Department, Brüssel, Belgien.

Public lecture “The EU's International Investment Policy and Investor-State Arbitration - Current Developments, Challenges and Perspectives”, 27.3.2014, Université de Lausanne, Schweiz.

Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)

Handbuchbeiträge und Kommentierungen

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts (mit Franz C. Mayer), in: Hatje/Müller-Graff (Hrsg.), Enzyklopädie des Europarechts, Bd. 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2014, § 4, S. 163-258.

Unionsbürgerrechte, Freizügigkeit, in: Grabenwarter (Hrsg.), Enzyklopädie des Europarechts, Bd. 2: Europäischer Grundrechtsschutz, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2014, § 18, S. 739-805.

Aufsätze und Beiträge zu Sammelwerken

Kompetenzrechtliche Grenzgänge: Karlsruhes Ultra-vires-Vorlage an den EuGH, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht – ZaöRV – 74 (2014), S. 615-670.

Exceeding Judicial Competence in the Name of Democracy, in: European Constitutional Law Review – EuConst – 10 (2014), S. 263-307.

Aufenthalt als Mittel zum Zweck: zu Grund und Grenzen derivativer Aufenthaltsrechte, in: Die öffentliche Verwaltung – DÖV – 67 (2014), S. 133-143.

Mehr Offenheit wagen! Eine kritische Annäherung an das Gutachten des EuGH zum EMRK-Beitritt, in: Verfassungsblog, 21. Dezember 2014.

Buchbesprechung: Heiko Sauer, Staatsrecht III, 2. Aufl. 2013, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht – ZaöRV – Band 74 (2014), i.E.

Wider die Mär vom Grundrechtsblinden: Der EuGH und die Vorratsdatenspeicherung, in: Verfassungsblog, 9. April 2014.

Herausgeberschaften

Mitherausgeber der Cahiers de droit européen (CDE), Bruylant, Bruxelles, seit Oktober 2012.

Vorträge

Rechtsschutzverfahren vor mitgliedstaatlichen (Verfassungs-)Gerichten am Beispiel Deutschlands, Vortrag, gehalten an der Universität Innsbruck anlässlich der Konferenz „Die ‚schleichende‘ Reform der EU im Zuge der Bekämpfung der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise“, Innsbruck, 26. bis 27. November 2014.

National Constitutions, the Courts and Euro-Crisis Law, Vortrag, gehalten am Europäischen Hochschulinstitut Florenz anlässlich der Tagung „Constitutional Change Through Euro-Crisis Law“, Florenz, 17. bis 18. Oktober 2014.

Exceeding Judicial Competence in the Name of Democracy, Vortrag, gehalten an der Universität Turku im Rahmen des Seminars „Ruling the European and Monetary Union“, Turku, 15. September 2014.

Das Bundesverfassungsgericht im System des deutschen Grundgesetzes, Vortrag mit Simultanübersetzung, gehalten vor dem Norwegischen Verfassungsausschuss, Norwegische Botschaft Berlin, 2. September 2014.

Preliminary references as a mean to secure the rule of law during the crisis?, Vortrag, gehalten an der University of Kent im Rahmen der Tagung „Assessing the EU’s Responsiveness to Constitutional Rights“, Canterbury, 18. bis 29. August 2014.

Protecting Fundamental Values in the EU Member States: Procedures and Instruments, Impulsvortrag und Panelmoderation, anlässlich des Werkstattgesprächs „From Commitment to action: Fundamental values in the EU Member States“, gemeinsam ausgerichtet vom Walter-Hallstein-Institut für europäisches Verfassungsrecht und von Democracy Reporting International, Berlin, 30. Januar 2014.

Vom Verfassungsgerichtsverbund zum Parlamentsverbund? – Chancen und Grenzen des Verbundmodells für den europäischen Parlamentarismus, Vortrag, gehalten anlässlich der Konferenz „Modelle des Parlamentarismus im 21. Jahrhundert“, Gesprächskreis Recht und Politik in der Europäischen Union, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 27. bis 29. Januar 2014.

Die Wirtschaftskrise als Chance für Europas Zukunft? Binnenmigration und institutionelle Reformen, Podiumsdiskussion, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Veranstaltungsreihe „Salon Sophie Charlotte“ der Jungen Akademie, Berlin, 18. Januar 2014.

Interviews

EU Spitzenkandidat – ein unlösbares Problem?, Radiointerview Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), 10. Juni 2014, abrufbar unter <http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201406/10/206332.html>.

Edgar Lenski (Bundesministerium der Wirtschaft und Energie, WHI-fellow)

Veröffentlichungen

Kommentierung der Art. 15 EUV, Art. 235 und 236 AEUV (Europäischer Rat), in: Hans von der Groeben / Jürgen Schwarze / Armin Hatje, Europäisches Unionsrecht. Kommentar, Baden-Baden: Nomos-Verlag, i.E.

Lars S. Otto, LL.M.

Veröffentlichungen

Zusammen mit Jonas Hein, LL. M.: Jetzt geht's um die Wurst! – Fortgeschrittenenklausur Öffentliches Recht (Europarecht), JuS 2014, 529-535.

Dr. Michael Schwarz, LL.M.

Veröffentlichungen

A Memorandum of Misunderstanding – The doomed road of the European Stability Mechanism and a possible way out: Enhanced cooperation, Common Market Law Review 51 (2014), Issue 2, pp. 389-423, zugleich WHI-Paper 4/2014.

Zusammen mit Ilya Levin: Fußball ist unser Leben, denn König Fußball regiert die Welt, Zur Debatte um die Kostentragung für die Sicherheit bei Lizenzfußballspielen, Junge Wissenschaft im öffentlichen Recht, abrufbar unter <https://www.juwiss.de/104-2014/>.

10. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht / WHI-Papers



Prof. Dr. Dr. h. c. Pernice ist Herausgeber der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht beim Nomos-Verlag, Baden-Baden. In dieser Schriftenreihe werden unter anderem die Beiträge zum FCE und herausragende Monographien aus dem Themenbereich des Instituts veröffentlicht. Eine Übersicht über alle bisher erschienenen Bände findet sich unter www.nomos-shop.de.

Zudem veröffentlicht das WHI auf seiner Webseite regelmäßig Beiträge von Mitarbeitenden bzw. Mitwirkenden des WHI zu aktuellen Fragen des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts unter der Rubrik „WHI-Papers“.

Im Jahr 2014 sind folgende Papers erschienen:

- WHI-Paper 01/2014: *Martin Plobmann*: „Das Recht auf eine gute Verwaltung gemäß Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union“.
- WHI-Paper 02/2014: Prof. Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield): „Kommentierung der Vorschriften zum Kapital- und Zahlungsverkehr im AEUV“.
- WHI-Paper 03/2014: Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice*: „Karlsruhe wagt den Schritt nach Luxemburg“.
- WHI-Paper 04/2014: *Michael Schwarz*, LL.M.: „A Memorandum of Misunderstanding – The doomed road of the European Stability Mechanism and a possible way out: Enhanced cooperation“.

- WHI-Paper 05/2014: *Elena Kullak*: „Der Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention der Menschenrechte“.

11. Internationaler Forscheraustausch und Doktoranden



Gastforscher

Das Walter-Hallstein-Institut steht Gastforschern aus dem Ausland offen, die Themen zum Europäischen Verfassungsrecht bearbeiten. Auch im Jahre 2014 konnte das WHI eine Reihe von Gastforschern willkommen heißen:

- Samanta Ponte (Rom)
- Magdalena Bainsczyk (Krakau)
- Sava Jankovic (Warschau)
- Dr. Beka Kantaria (Georgien)
- Samo Bardutzky (Canterbury)

Betreuung von Doktoranden

Prof. Pernice engagiert sich zudem für die Betreuung von Promotionsarbeiten zu im weitesten Sinne international-, europa- und verfassungsrechtlichen Themen. So wurde im Jahre 2014 folgende Dissertation erfolgreich abgeschlossen:

- Dr. jur. Michael Schwarz, LL.M., zum Thema „Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“.

12. Beteiligung an der Lehre



European Online Academy

Zur Ergänzung der Ausbildung und zur Fortbildung vor allem von Praktikern engagierte sich das WHI auch 2014 bei der European Online Academy (EOA). Federführend in diesem Projekt ist das CIFE (Prof. Hartmut Marhold, Dr. Helgard Fröhlich) in Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet Chair for Political Science and European Affairs (Prof. Wolfgang Wessels, Köln). Für die juristischen Aspekte und insbesondere das Europäische Verfassungsrecht zeichnet das Walter Hallstein-Institut (Prof. Ingolf Pernice, Dr. Mattias Wendel, Edgar Lenski) verantwortlich. Der elfte Jahrgang der EOA wurde im Juli 2014 abgeschlossen. Das zwölfte akademische Jahr der Akademie hat im Oktober 2014 begonnen. Seit 2008 besteht die Möglichkeit, neben dem einjährigen Zertifikatsstudium auch einen zweijährigen Master-

studiengang zu beginnen. Die EOA kann unter www.eu-online-academy.org im Internet aufgerufen werden.

Prof. *Pernice*, Dr. *Wendel* und Herr *Lenski* trugen auch in diesem Jahr wieder die Verantwortung für die Veranstaltungen „European Law I: Introduction to European Law“, „European Law II: Internal Market“ und „Aspects of European Legal Integration“.

LL.M.-Programm

Das WHI betreut jedes Jahr Studierende aus dem LL.M.-Programm der Humboldt-Universität, die Arbeiten im Europäischen Verfassungsrecht erstellen. Die LL.M.-Studierenden sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des WHI den internationalen Gedankenaustausch über die Forschungsarbeit am Institut zu bereichern. Die von Prof. *Pernice* betreuten Masterarbeiten sind in der Regel auf rechtsvergleichende Themen zum Europäischen Verfassungsrecht ausgerichtet.

Seminar und Exkursion – “Europa vor Ort”

In jedem Semester werden Seminare zur Theorie und Praxis des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts angeboten.

Auch im Sommersemester 2014 fand im Rahmen des Seminars wieder eine Exkursion nach Luxemburg und Brüssel unter dem Motto „Europa vor Ort, Begegnung von Theorie und Praxis“ statt. Insgesamt 34 Teilnehmer/innen, darunter vor allem Studierende und junge Forschende, erhielten so die Gelegenheit zur Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg sowie zu intensiven Fachgesprächen mit den dort arbeitenden Richtern und Generalanwälten. In Brüssel trafen die Teilnehmer/innen dann Abgeordnete und Beamte des Europäischen Parlaments, Mitglieder und hohe Beamte der Europäischen Kommission sowie Beamte des Europäischen Rates. Zudem konnte auf Einladung der Kanzlei *Freshfields/Bruckhaus/Deringer* mit Anwälten des Europarechts diskutiert werden. Das WHI dankt der *Bibliotheksgesellschaft der Humboldt-Universität zu Berlin* und der Kanzlei *Lindenpartners* herzlich für die großzügige Unterstützung dieser Exkursion sowie *Kristin Bettge* für die umfangreiche Organisation.



Auszug aus dem Programm der Exkursion 2014:

Teilnahme an der mündlichen Verhandlung in der Rechtssache T-176/12 Bank Tafaat / Conseil.

Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Vassilios Skouris, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, zum Thema "Europäischer Gerichtshof und Europäische Politik – eine Standortbestimmung".

Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Koen Lenaerts, Vizepräsident des Gerichtshofs, zum Thema „Cooperation between the ECJ and national constitutional Courts through the reference procedure“.

Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Pedro Cruz-Villalón, Generalanwalt am Gerichtshof, zum Thema „Der Dialog der Gerichte: Die Antwort des spanischen Verfassungsgerichts auf Meloni“.

Gespräch mit Frau Prof. Dr. Dr. Juliane Kokott, Generalwältin am Gerichtshof, zum Thema „Der Schutz der Privatsphäre als Aufgabe der europäischen Gerichte: Neue Entwicklungen im Lichte von EMRK und Charta der Grundrechte“.

Gespräch mit Herrn S. Krauss, Rechts- und Sprach Sachverständige, Abteilung Deutsche Übersetzung.

Empfang durch die Kanzlei „Freshfields Bruckhaus Deringer“ und Gespräch mit Anwälten zum Thema „Der europäische Jurist – Was kann ein Anwalt in Europa erreichen?“.

Gespräch mit Herrn Jan Philipp Albrecht MEP, Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, zum Thema „Die EU-Datenschutzgrundverordnung im Lichte neuer Herausforderungen“.

Gespräch mit Herrn Jo Leinen MEP, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, zum Thema „Die Agenda der Europäischen Umweltpolitik aus der Sicht des neu gewählten Europäischen Parlaments“.

Gespräch mit Frau Sylvie Goulard MEP, Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, zum Thema „Austerität und Solidarität in der EU: Instrumente für die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in Europa“.

Einführendes Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Clemens Ladenburger, LL.M., Assistent des Generaldirektors des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission, zum Thema „Rechtsgemeinschaft – Rechtsunion – politische Union: Geht die Politisierung der Kommission auf Kosten des Rechts?“.

Gespräch mit Herrn Dr. Johannes Laitenberger, Kabinettschef des Präsidenten der Europäischen Kommission, zum Thema „Europäische Kommission im Umbruch: Folgen der neuen Akzente der Europawahl für die Rolle der Kommission in der EU“.

Gespräch mit Jan Ceysens, Kabinettschef Michel Barnier, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, zum Thema „The European Banking Union in Progress: Rebalancing Benefits, Risks and Responsibilities in the Financial Markets“.

Gespräch mit Prof. Dr. Frank Hoffmeister, stellv. Kabinettschef von Karel De Gucht, Kommissar für Handelspolitik, zum Thema „Das Transatlantische Freihandelsabkommen als rechtliche und politische Herausforderung für Europa“.

Gespräch mit Uwe Corsepius, Generalsekretär des Rats der Europäischen Union, zum Thema „Das Gleichgewicht der Macht in der Europäischen Union: Legitimation und Effizienz europäischer Politik als institutionelles Problem“.



Model European Union Conference (MEUC)

Die Simulationsübung Model European Union Conference wurde vom WHI auf Anregung von Studierenden eingeführt, um praktische Erfahrung in der Verhandlung europäischer Themen im Rat sowie bzgl. des Zustandekommens von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zu vermitteln. Durchgeführt werden die Simulationen des Rates der Europäischen Union auf Englisch und die des Europäischen Gerichtshofs auf Deutsch unter der Leitung von Dr. *Mattias Wendel*. Die Studenten haben Gelegenheit, wie im Spiel ihr diplomatisches Geschick, Verhandlungstechnik, Fremdsprachenkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten und die Anwendung des europäischen Rechts zu trainieren. Dank der großzügigen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich die MEUC zu einer überaus effektiven und auch ertragreichen Veranstaltung entwickelt, die sich bei internationalen wie einheimischen Studierenden großer Beliebtheit erfreut. Für die tatkräftige Unterstützung bei der Organisation der MEUC danken wir *Mihai Corman* sehr herzlich.

Im Sommersemester 2014 hat die MEUC am 21. und 22. Juni den Rat der Europäischen Union simuliert. Am 14. Mai hat ein Vorbereitungstreffen stattgefunden, welches der inhaltlichen und prozessualen Einführung der Studierenden diente. Herr Dr. Wendel führte die studierenden Teilnehmer in die Thematik des TTIP ein und es wurden die "Rules of Procedure" für einen prozessual einwandfreien Ablauf der Simulation eingeübt. Am 22. Mai hatten

die Teilnehmer dann die Gelegenheit, durch einen Vortrag von Herrn Karel de Gucht, Hoher Kommissar der Europäischen Union für Handel, vertiefte Kenntnisse zum Thema zu gewinnen. Unmittelbar vor dem Simulationsbeginn erhielten die "Ministerinnen und Minister" der MEUC schließlich Einblicke in die Position des Deutschen Gewerkschaftsbunds durch einen Vortrag von Herrn Florian Moritz, Referatsleiter für Internationale und Europäische Wirtschaftspolitik (die Power Point zum Vortrag kann auf www.meuc.eu eingesehen werden).



Dank der großzügigen Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung konnten sich rund 70 Studierende im Tagungssaal der Stiftung versammeln, um ihre vorbereiteten Positionen zu vertreten und in den Verhandlungen einzubringen. Nach den Eröffnungsreden der Teilnehmer/innen, die den jeweiligen Minister ihres Landes in Zweiertteams vertraten, präsentierte die Italienische Ratspräsidentschaft ihren Entwurf für die Verhandlungen. Auf dieser Grundlage wurde zwei Tage lang im Plenum debattiert. Insbesondere die Vertreter der Kommission mussten sich immer wieder einbringen, um die Reibungen zwischen dem für sie Erforderlichen mit dem für die Mitgliedstaaten Machbaren zu diskutieren. Häufig war der Vertreter des Legal Service gefragt, um den rechtlichen Boden der Änderungsvorschläge zu sondieren. Schließlich wurde nach zwei Tagen der Kompromissfindung in Einstimmigkeit das Abschlussdokument verabschiedet.

Im Wintersemester 2014/15 hat die MEUC am 12. und 13. Dezember das Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH in der Rs. C-62/14 (Gauweiler u.a.) simuliert, das auf die historisch erste Vorlagefrage des Bundesverfassungsgerichts an den EuGH zurückgeht. Im Kern ging es um die Frage der Rechtmäßigkeit des zur Überwindung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise von der Europäischen Zentralbank beschlossenen "OMT"-Programms. Am 4. November fand die Vorbereitungsveranstaltung statt. Dabei hatten die 40 teilnehmenden Studierenden die Möglichkeit einer prozess- und materiellechtlichen Einführung in das simulierte Verfahren. Die Simulation selbst fand in den Räumlichkeiten des Walter-Hallstein-Instituts statt.

Einzelheiten zu den laufenden Sitzungen sowie Berichte über die Simulationen sind auf der Webseite der Model European Union Conference <http://www.meuc.eu> zu finden. Hier gibt es auch links zu den Video-Berichten über die Sitzungen, die über YouTube abrufbar sind. Als Ansprechpartner steht *Mibai Corman* unter info@meuc.eu zur Verfügung.



13. Kontakt

Walter Hallstein-Institut

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice

Geschäftsführender Direktor

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin

Juristische Fakultät

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Besucheranschrift

Humboldt-Universität

Unter den Linden 11

Raum 104b

Frau Müller / Frau Dr. Decheva

Tel: 2093-3440

Fax: 2093-3449

E-Mail-Adresse des Walter Hallstein Instituts:

sekretariat@whi-berlin.de

Homepage des Walter Hallstein Instituts:

www.whi.eu

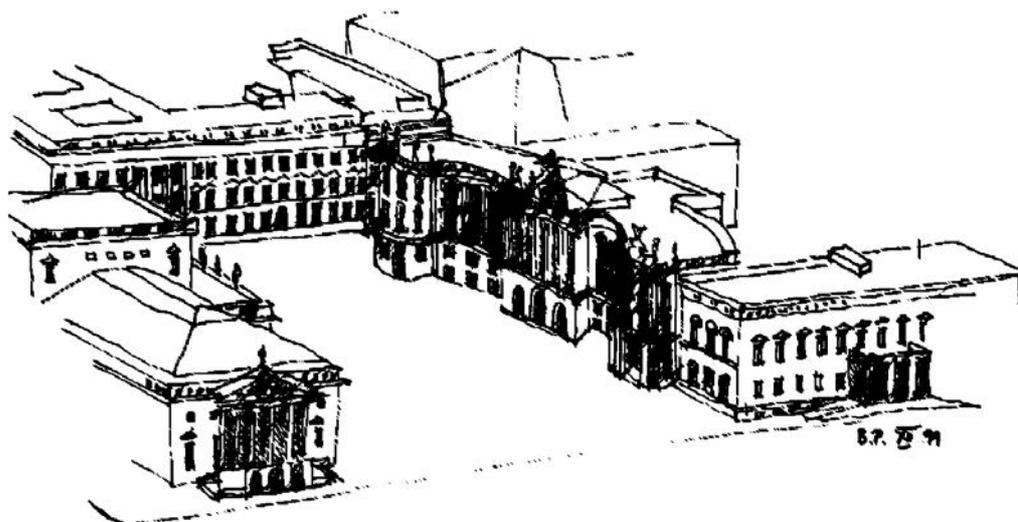
Spendenkonto:

Verein für Europäisches Verfassungsrecht

IBAN DE02 1007 0000 0060 1500 00

BIC / SWIFT-Code DEUTDE33XXX

Deutsche Bank



Impressum

Herausgeber:

V.i.S.d.P.:

Redaktion:

Druck:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Linda Engelbrecht

Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin